

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim



Jahresbericht 2005

September 2005

Konflikt
Kooperation

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim
(FKKS)

Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: +49 621 181-2088
Telefax: +49 621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

Redaktion : Efan Barin

www.uni-mannheim.de/fkks

INHALT

	Seite	
1	FORSCHUNGSSCHWERPUNKT	2
2	ENTWICKLUNG IM JAHR 2004	3
3	FORSCHUNGSPROJEKTE	4
4	AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN	5
4.1	Publikationsreihen des FKKS	5
4.2	Nachwuchsförderung	6
5	VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	11
5.1	Publikationen	11
5.2	Forschungsaufenthalte, Vorträge und Konferenzen	12
6	LEHRVERANSTALTUNGEN	14
7	BIBLIOTHEK	15

1 FORSCHUNGSSCHWERPUNKT

Leitung: Prof. Dr. Egbert Jahn

Mitarbeiter: Aser Babajew M.A. (Doktorand)*
Mario Dragičević M.A. (Doktorand)*
Aytan Gahramanova M.A. (Doktorand)*
Andrijana Preuss M.A. (Doktorand)*
Dr. Astrid Sahn **
Dr. Susan Stewart *

Ein Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter war im Jahr 2005 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (*) oder am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte (**) beschäftigt, die anderen wirkten aufgrund anderweitiger Finanzierung an den Arbeiten des FKKS mit.

Sekretariat: Olga Tscherer**

Geprüfte Hilfskräfte: Andrijana Preuss, Mario Dragičević

Wissenschaftliche Hilfskräfte: Efkan Barın, Konstantin Derkatschew, Katharina Ertmer, Hagen Ettner, Hannes Lambrecht, Heike List, Gwendolyn Schrott, Florian Strasser, Dorothea Wolf

Zielsetzungen:

Der Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS) besteht seit Oktober 1993 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Er wurde am 18. Mai 1992 an der J. W. Goethe - Universität Frankfurt am Main (unter dem Namen: Forschungsstelle Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Eurasien) gegründet und befaßt sich mit ausgewählten Problemen der gesellschaftlichen und staatlichen Transformation der ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft.

Der Forschungsschwerpunkt konzentriert sich in seiner Arbeit in ausgewählten Fällen und im systematischen Vergleich auf die Ursachen und Entstehung von Konflikten, die Eskalation von Konflikten bis zur gewaltsamen und kriegerischen Austragung sowie auf Beispiele friedlicher Konflikttransformation, die zur Entwicklung von kooperativen Strukturen zwischen den sozialen und nationalen Gruppierungen und zwischen den Staaten im östlichen OSZE-Raum führt.

Die **Aufgaben** des FKKS sind:

- Forschung**
- Nachwuchsausbildung**
- Wissenstransfer**
- Politikberatung**
- Veranstaltung von Konferenzen und Symposien**

Wichtige **Bereiche der Forschung** sind:

1. **Nationalitätenpolitik** einzelner Staaten und im Vergleich
2. **Außen- und Sicherheitspolitik** einzelner Staaten und in der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau
3. **staatliche und sozioökonomische Ordnungspolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses
4. **Umweltpolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses und der internationalen Kooperation

2 ENTWICKLUNG IM JAHR 2005

Dies ist der letzte gedruckte Jahresbericht des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen im Osten Europas, da der Leiter des FKKS, Egbert Jahn, zum 1. Oktober 2005 in den Ruhestand geht. Interessenten können jedoch in Zukunft eine elektronische Form des Jahresberichts anfordern und erhalten. Allerdings wird er noch weiterhin Forschungsprojekte am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung sowie Dissertationen zu osteuropäischen Themen betreuen, so daß der Forschungsschwerpunkt in reduzierter Weise noch weiterexistieren wird. Der Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte soll erst im Winter 2006/2007 wiederbesetzt werden, allerdings wird dabei kein Schwerpunkt mehr auf der Osteuropa-Forschung liegen.

In diesem Jahr konnten eine ganze Reihe der laufenden Projekte erfolgreich mit Promotionen und eingereichten Dissertationen abgeschlossen werden. Das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderte Konferenz- und Publikationsvorhaben findet im September seinen Abschluß mit dem Erscheinen des Bandes 2 „Die Zukunft des Friedens. Sichtweisen der jüngeren Generationen der Friedens- und Konfliktforschung“, herausgegeben von Egbert Jahn, Sabine Fischer und Astrid Sahn im Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Er fußt auf den Beiträgen für die Konferenz in der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 24. bis 26. Oktober 2003, über die bereits berichtet wurde. Gleichzeitig erscheint Band 1 des Werkes „Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung“, herausgegeben von Astrid Sahn, Manfred Sapper und Volker Weichsel, in zweiter Auflage.

Das Projekt über das Verhältnis von Westintegration und Ostpolitik in Polen und in Tschechien von Markus Bieniek, der im Januar erfolgreich promoviert hat, und Volker Weichsel mündete in zwei Dissertationen. Rolf Peter hat sein Projekt über die Europapolitik Rußlands ebenfalls erfolgreich mit seiner Promotion im Juli abgeschlossen. Volker Weichsel arbeitet bereits seit einiger Zeit in der Redaktion der Zeitschrift „Osteuropa“. Rolf Peter fand erfreulicherweise ebenfalls sogleich nach der Promotion eine Stelle bei der Hochschulrektorenkonferenz, auf der er seine Osteuropakenntnisse einbringen kann.

Astrid Sahn wird in Kürze ihre Habilitationsarbeit abschließen, die auf einem früheren Forschungsprojekt am MZES aufbaut. Sie geht am 1. Oktober für ein Jahr an die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte in Minsk. In diesem Jahr wird sie als Assistentin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte von Susan Stewart vertreten.

Damit hat sich der alte Stamm der FKKS-Mitarbeiter in Mannheim aufgelöst. Auch viele wissenschaftliche Hilfskräfte haben im vergangenen Jahr ihr Studium erfolgreich abgeschlossen und eine Arbeit außerhalb Mannheims gefunden.

Im Juli 2005 wurde das 6. Forschungsprogramm des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung verabschiedet. In dessen Rahmen wurde auch ein Forschungsschwerpunkt „Neue Demokratien und Konfliktregulierung“ eingerichtet, der von Egbert Jahn geleitet wird, und zwei Projektbereichen umfaßt: 1. Autoritäre Integration oder demokratische Kooperation? Der Kaukasus zwischen Brüssel und Moskau, und 2. Europäische and andere internationale Friedensaufbaumaßnahmen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo umfaßt.

In diesem Rahmen wurden folgende Projekte begonnen, zu denen am 25. August ein erster Workshop zur Projektkoordination stattgefunden hat.

Aser Babajew hat am 1. April 2005 ein Dissertationsprojekt „Politische Systemtransformation in Aserbaidschan“ begonnen, das durch ein Doktorandenstipendium finanziert wird.

Aytan Gahramanova hat vom MZES eine Anschubfinanzierung ab 1. September 2005 für das Projekt „Internationaler und europäischer Friedensaufbau im Südkaukasus“ erhalten.

Zuleiha Mailzadeh bereitet ein Exposé für eine privat finanzierte Dissertation zum Thema „Die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Südkaukasus“ vor.

Andrijana Preuss weitet die Arbeit an ihrer Magisterarbeit „Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar“, die 2004 im LIT-Verlag, Münster, erschienen ist, zu einem am 15. Juli begonnenen und zunächst vom Lehrstuhl und dann vom MZES geförderten Projekt „Europäische und andere internationale Aktivitäten für den Friedensaufbau in Bosnien-Herzegowina“ aus.

Mario Dragičević bemüht sich um ein Graduiertenstipendium für das Projekt „Zum Verhältnis von Friedens- und Nationsaufbau in Bosnien-Herzegowina“.

Bastian Veigel wird vielleicht und frühestens 2006 ein Projekt über „Staatsaufbau unter internationaler Verwaltung im Kosovo – State-building under international administration in Kosovo“ beginnen, dessen Finanzierungsmöglichkeiten noch ungeklärt sind.

Somit entsteht nach der ersten Frankfurt-Mannheimer und nach der zweiten Mannheimer nunmehr eine dritte Mannheimer FKKS-Generation mit einem internationalen Charakter.

Egbert Jahn

3 FORSCHUNGSPROJEKTE

Habilitationsprojekt: Brüssel oder Moskau? Integrationskonkurrenz und regionale Kooperation am Beispiel neuer Mitglieds- und Nachbarstaaten der EU

Bearbeiter: Astrid Sahn

Projektbeschreibung:

Die Arbeit geht von der Existenz einer strukturellen Integrationskonkurrenz zwischen den beiden Integrationspolen Brüssel und Moskau aus. Sie unterscheidet dabei drei Dimensionen von Integrationskonkurrenz: eine geopolitische, eine funktionale und eine normative. Die zentrale These besteht darin, dass die Dominanz antagonistischer Momente in den Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau nur dann vermeidbar ist, wenn eine weitgehende Harmonisierung auf der normativen Ebene erfolgt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union, da von Seiten der Europäischen Union in wesentlich größerem Umfang als von der NATO und den USA die Erfüllung bestimmter Normen und

Standards zur Voraussetzung für Kooperation und Integration erhoben wird. Über die Entwicklung von Integrationsprozessen und Integrationskonkurrenz wird allerdings nicht nur auf der Ebene der Integrationspole entschieden. Die Arbeit untersucht daher am Beispiel des neuen EU-Mitgliedsstaats Polen sowie der EU-Nachbarländer Belarus und Ukraine die Bedeutung von Integrationskonkurrenz auf der innenpolitischen und außenpolitischen Ebene sowie auf der Ebene der regionalen Kooperation. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, welchen Zusammenhang es a) zwischen der innenpolitischen Regimeentwicklung und den integrationspolitischen Entscheidungen der zentralen politischen Akteure gibt und b) inwieweit integrationspolitische Entscheidungen durch regionale Kooperation beeinflusst werden können. Als Fallbeispiele für die Stabilität der integrationspolitischen Präferenzen werden zudem die innen- und außenpolitischen Reaktionen in den drei Untersuchungsländern auf die Interventionen in Tschechien, Kosovo und Irak analysiert. Der Abschluss der Arbeit ist für das Frühjahr 2006 geplant.

Die ‚zweite nationale Wiedergeburt‘. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft (laufend)

Bearbeiter: Egbert Jahn und ca. 50 Mannheimer und auswärtige Wissenschaftler
Finanzierung: Volkswagen-Stiftung (zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1996)

Autoritäre Integration oder demokratische Kooperation? Der Kaukasus im Spannungsfeld zwischen Brüssel und Moskau (laufend)

Bearbeiter: Aytan Gahramanova, Aser Babajew
Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

Internationale Unterstützung von Demokratisierungsprozessen in Mittel- und Osteuropa am Beispiel des NGO-Sektors (laufend)

Bearbeiterin: Susan Stewart
Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

4 AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN

4.1 PUBLIKATIONSREIHEN DES FKKS

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 12 Susan Stewart, Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine, Lit Verlag, Münster 2005, 264 S.
- Band 13 Polens Westintegration und Ostpolitik. Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich, Lit Verlag, Münster 2005, 300 S.

- Band 14 Hagen Ettner, Das Gebiet Sverdlovsk im föderativen System Rußlands. Ein Beitrag zum Stand des rußländischen Föderalismus, Lit Verlag, Münster 2005, 136 S.
- Band 15 Rolf Peter, Russlands Außenpolitik im neuen Europa 1992-2004. Nationale Identität, politische Transformation und regionale Integration innerhalb und außerhalb des Kontextes europäischer Einigung, Lit Verlag, Münster 2005, 274 S. (im Druck)

4.2 NACHWUCHSFÖRDERUNG

Im Berichtsjahr wurden folgende Arbeiten – außer den in Abschnitt 3 bereits erwähnten – abgeschlossen:

Andrijana Preuss: „Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar“ (Magisterarbeit 2004; Nachtrag der Redaktion)

Anfang der 1990er Jahre erweiterten die Vereinten Nationen ihre Friedenspolitik um das Konzept des Friedensaufbaus („post-conflict peace-building“). Es besagt, dass ein formal erlangter Frieden mit zivilen Mitteln gefestigt bzw. aufgebaut werden muss, um von Dauer zu sein. Eines dieser Mittel ist die Polizeireform. In den chaotischen Verhältnissen vieler Nachkriegsgesellschaften mangelt es vor allem für Minderheitenangehörige an Sicherheit, die lokale Polizei ist oft nicht in der Lage oder nicht willens, ihre Aufgaben zu erfüllen. Hier setzen Friedensaufbaumaßnahmen durch internationale Polizeieinheiten ein.

Eine der ersten europäischen Erfahrungen im Bereich des polizeilichen Friedensaufbaus wurde von 1994 bis 1996 im bosnisch-herzegowinischen Mostar gemacht: Ein Polizeikontingent der Westeuropäischen Union unterstützte die internationale Verwaltung der Stadt. Unter der Leitung von Hans Koschnick sollte Mostar zum Modell für den Friedensaufbau in Bosnien-Herzegowina werden. Es galt, zwei Stadthälften wieder zusammenzuführen, deren Bewohner sich im Laufe eines brutalen Krieg entzweit hatten. Zu dieser Aufgabe gehörte die Wiedervereinigung und Reform der Polizei von Mostar, die auf Dauer für Sicherheit und für ein angstfreies Klima sorgen sollte.

In der Arbeit von Preuss wird das Konzept des Friedensaufbaus diskutiert und seine Bedeutung im polizeilichen Bereich herausgearbeitet. Die Autorin stellt die Probleme vor, die sich beim Aufbau eines stabilen Friedens und insbesondere bei einer Polizeireform in Nachkriegsgesellschaften ergeben, und geht dabei besonders auf den Fall von Autonomie- und Sezessionskriegen ein. Ausführlich werden die Bedingungen und Ziele, die Struktur und Arbeit der wenig erforschten WEU-Polizei in Mostar dargestellt. Als Ergebnis stellt Preuss das Scheitern der Polizeireform fest: nach dem zweijährigen internationalen Einsatz ist Mostar zwar sicherer geworden, aber die Vereinigung der Polizei ist mißglückt.

Rolf Peter: „Rußlands Außenpolitik im neuen Europa 1992-2004, Nationale Identität, politische Transformation und regionale Integration innerhalb und außerhalb des Kontextes europäischer Einigung“ (Inauguraldissertation 2005)

Das o.g. Projekt wurde im November 2004 abgeschlossen. Die im Rahmen des Projekts durchgeführte Analyse der außen- und integrationspolitischen Vorstellungen rußländischer politischer Akteure im gesamteuropäischen Kontext gab Aufschluß darüber, wie sich das Verhältnis

zwischen Rußlands Anbindung an das sich erweiternde Westeuropa einerseits und Moskaus Bestreben, selbst ein Integrationskern in Osteuropa zu sein, andererseits gestaltet. In den Reihen der rußländischen Eliten existieren sehr unterschiedliche und differenzierte Vorstellungen darüber, in welchem Verhältnis Moskaus Politik der Westanbindung zu seinen eigenen Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum steht. Komplexe politische Konzepte gehen weit über eindimensionale „Entweder-Oder“-Optionen hinaus. Westanbindung und GUS-Integration gelten nicht zwangsläufig als unvereinbar, sondern vielfach als komplementär. Die These, daß das Bemühen um eine Westanbindung Rußlands Hand in Hand geht mit einer entschiedenen demokratisch-parlamentarischen und marktwirtschaftlichen Orientierung, während eine starke Präferenz für die Integration im GUS-Raum mit einer gesellschaftspolitischen Distanz gegenüber westlichen Demokratie- und Wirtschaftsmodellen verbunden ist, kann durch die Forschungsergebnisse höchstens teilweise bestätigt werden. Der Wunsch rußländischer politischer Akteure nach Westanbindung ist durchaus verknüpft mit dem Bestreben, in Rußland eine demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung– wenn auch nicht zwingend nach westeuropäischem Muster – zu etablieren. Die Präferenz für Integration im postsowjetischen Raum ist hingegen nicht zwangsläufig mit einer Distanzierung von Demokratie und Marktwirtschaft verbunden; ebenso wenig impliziert sie notwendigerweise eine auf Zwang beruhende Hegemonie Rußlands.

Auf diesen Erkenntnissen aufbauend wurde außerdem untersucht, wie die unterschiedlichen gesellschafts-, außen- und integrationspolitischen Konzeptionen die europapolitischen Präferenzen der rußländischen Regierung im Untersuchungszeitraum von 1992 bis 2004 beeinflußt haben. Im Detail sind die Untersuchungsergebnisse in der Studie von Rolf Peter mit dem Titel „Rußlands Außenpolitik im neuen Europa 1992-2004. Nationale Identität, politische Transformation und regionale Integration innerhalb und außerhalb des Kontextes europäischer Einigung“ nachzulesen. Sie wird demnächst im LIT-Verlag erscheinen.

Katja Schuster: „Die Minderheitenpolitik Bulgariens“ (Magisterarbeit 2005)

Eine den inneren Frieden gewährleistende Minderheitenpolitik gehört zu den Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union. Bulgarien gehört zu den Staaten, die eine beträchtliche Anzahl ethnischer und religiöser Minderheiten beherbergen, die aber gleichzeitig dies nicht bei der Organisation ihrer staatlich-administrativen Strukturen berücksichtigen, obwohl in Bulgarien nicht die Gefahr einer separatistischen Bewegung einer kompakten ethnonationalen Mehrheit in Grenzgebieten besteht. Zum Teil liegt das an der politischen Grundeinstellung der gesellschaftlich und staatlich führenden Schichten, zum Teil an der Streuung der Ethnien über das gesamte staatliche Territorium.

Bulgarien gehört mit seiner zentralistischen Staatsstruktur und einem starken Staatsnationalismus zu den Staaten, die lange die Existenz relevanter ethnischer Minderheiten leugneten und das Ziel einer ethnisch homogenen bulgarischen Nation gegenüber den offensichtlich doch vorhandenen Minderheiten mit einer rigiden staatlichen Assimilationspolitik verfolgten. Die Liberalisierung und Demokratisierung Bulgariens sowie die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft des Landes schufen die Voraussetzung für eine tolerantere ethnisch-religiöse Minderheitenpolitik, die in der vorliegenden Arbeit detailliert herausgearbeitet wird. Thematisiert werden das Namensrecht, der Sprachgebrauch, das Schul- und Bildungswesen der Minderheiten, die Religionsfreiheiten, die Minderheitenorganisationen, der Medienzugang sowie die politische Partizipation in Form der parteipolitischen Vertretung der Minderheiten, die wiederholte Regierungsbeteiligung.

Egbert Jahn

Florian Strasser: „Einfluß gewaltloser Massenbewegungen auf Regimewechsel am Beispiel der ukrainischen Wahlkrise 2004“ (Diplomarbeit 2005)

Der Ausgang der ukrainischen Wahlkrise im November und Dezember 2004, deren Verlauf in den Medien unter der Chiffre „Orange Revolution“ bekannt wurde, kann als dritter demokratischer Umbruch eines postsozialistischen Staates innerhalb der letzten vier Jahre in eine Reihe gestellt werden mit den Machtwechseln in Jugoslawien 2000 und Georgien 2003. Versuche, auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten dieser drei Fälle ein generalisiertes Modell demokratischer und gewaltloser Regimewechsel zu postulieren, ignorieren jedoch singuläre Faktoren und unterschätzen das komplexe Zusammenspiel politischer Prozesse, die zu Gelegenheit und Realisierung eines Wechsels führen.

Im ukrainischen Fall können der Ausgang der Präsidentschaftswahl und die Formierung der Massenproteste nur im Kontext der Legitimationskrise des „Ancien régime“ zwischen Herbst 2000 und Frühjahr 2001 verstanden werden, die die autokratische Herrschaft Leonid Kučmas sowohl politisch durch die Opposition zuvor präsidialer Eliten als auch gesellschaftlich durch die größten Demonstrationen seit 1991 hinreichend schwächte. Die spätere ukrainische Massenbewegung entstand durch eine Interessenkoalition aus Oppositionsparteien, mittelständischen Unternehmern und basisdemokratischen Initiativen, die eine frühe Ressourcenmobilisierung und systematische Vorbereitung der Massenproteste betrieben. Die Bewegung thematisierte dabei mit zunehmender gesellschaftlicher Unterstützung die Unzufriedenheit der Bürger mit der Herrschaft Kučma und der dem Regime angelasteten Korruption des Staatsapparats und Insiderwirtschaft sogenannter „Oligarchen“. Durch die nachgewiesene Wahlmanipulation, die dem Regime endgültig seine Legitimität entzog, identifizierten sich bisher inaktive Bürger mit der Bewegung und schlossen sich ihr solidarisch an. Über eine zweigleisige Strategie, gewaltlose Massenproteste sowie juristische, parlamentarische und bilaterale Verhandlungen gelang es der Protestbewegung, das umstrittene Wahlergebnis annullieren zu lassen, das Kučma-Regime zu Verhandlungen zu zwingen und die Präsidentschaft Viktor Juščenkos durchzusetzen. Dessen Sieg wurde unter dem Druck der Straße auf institutionellem Weg erkämpft, das Ziel war nicht, die Institutionen zu stürmen, sondern sie zu stärken.

Der gewaltlose Verlauf der Wahlkrise war das Ergebnis eines Wechselspiels zwischen Bewegung und staatlichen Institutionen. Die Gewaltlosigkeit beruhte zum überwiegenden Teil auf der Einsicht, daß der Einsatz von Gewalt nicht geeignet war, um die bestehenden Probleme zu lösen. Dies hätte nur gezeigt, daß der Herrschaftsanspruch der Bewegung bzw. des Regimes nicht auf Legitimität, sondern auf Gewalt basieren würde. Die mit Gewalt kalkulierenden Akteure entschieden sich daher pragmatisch gegen den Einsatz von Waffen, weil zu jedem Zeitpunkt eine gewaltlose Strategie die relativ größeren Erfolgchancen versprach und folglich kein Interesse an einer gewaltsamen Durchsetzung der Forderungen bestand. Die Gewaltlosigkeit der Bewegung war die wichtigste Voraussetzung für die Massenmobilisierung und das Überlaufen der vollziehenden Gewalt. Sie eröffnete den Weg einer friedlichen Konfliktregelung durch die gestärkten demokratischen Institutionen und ermöglichte den Vertragsschluß der Streitparteien. Im Fall des versuchten staatlichen Gewalteinsetzes in der Nacht des 28. Novembers arbeitete der gespaltene Staatsapparat gegen die Regierung und verhinderte die gewaltsame Auflösung der Massendemonstration in der Innenstadt Kiews.

Insgesamt deutet bisher alles darauf hin, daß noch kein Regimewechsel geschafft wurde. Für eine abschließende Beurteilung ist es 2005 allerdings noch zu früh. Nicht ohne Grund plädieren Historiker für mindestens eine Generation Wartezeit, da erst aus dieser Perspektive erkennbar werde, was lediglich kurzfristiger Auswuchs der Umbruchsprozesse gewesen sei und was sich demgegenüber als tragfähige Neuorientierung von Gesellschaft und Staat herauskristallisiert habe. Es wäre naiv, anzunehmen, daß sich die Ukraine über Nacht in ein demokratisches Musterland verwandeln kann, weshalb vorläufig nur von einem Machtwechsel gesprochen werden

kann, der in einzelnen Bereichen von einem Politikwechsel, nicht aber von einem umgreifenden Regimewechsel begleitet wurde.

Volker Weichsel: „Europapolitische Ordnungsvorstellungen in der Tschechischen Republik. Eine Fallstudie zur nationalpolitischen Bedingtheit der europäischen Integration“ (Inauguraldissertation 2005)

Die Europapolitik war in den anderthalb Dekaden nach dem Umbruch des Jahres 1989 die zentrale politische Streitfrage der tschechischen Politik. Erklärte Gegner eines Beitritts zur Europäischen Union standen Anhängern einer Vertiefung der Integration unter tschechischer Mitwirkung gegenüber. Protagonisten der Westintegration der Tschechischen Republik entpuppten sich als EU-Skeptiker, die zuvor geäußerte Beitrittsabsichten unter erhebliche Vorbehalte stellten. Gegner des NATO-Beitritts der Tschechischen Republik begannen zu erwägen, ob die EU sich zu einem Kooperationsforum entwickeln könnte, das den Einfluß der USA in Europa mindert.

Allen Akteuren stellte sich dabei eine zentrale Frage: Soll der politische Handlungsspielraum der Nationalstaaten wiedergewonnen werden, in dem Politik auf europäischer Ebene institutionalisiert und verlorene nationalstaatliche Handlungsfähigkeit durch Beteiligung an supranationalen Entscheidungen kompensiert wird? Oder soll die politische Handlungsfähigkeit des Nationalstaats bewahrt bzw. wiedergewonnen werden, indem transnationale Vergesellschaftung gebremst, verhindert oder zurückgedreht wird? Soll das europäische Ordnungssystem ein locker institutionalisiertes Nebeneinander oder ein straff organisiertes Miteinander von Staaten sein oder sogar bundesstaatliche Züge annehmen?

Die Arbeit gibt eine Interpretation, warum einige tschechische Akteure die europäische Vergesellschaftung als eine Herausforderung betrachten, auf die der Nationalstaat mit einer Strategie der politischen Integration adäquat reagieren kann, und warum andere Akteure die politische Integration zu verhindern suchen, da sie die europäische Vergesellschaftung vorantreiben und dem Nationalstaat als einzigen legitimen Herrschaftsverband das Grab schaufele.

Im Fokus der Arbeit stehen die Vorstellungen der politischen Akteure vom Verhältnis zwischen Staat und Nation, die deren europapolitische Konzepte wesentlich prägen. Dabei lehnen jene Akteure, die im Staat die Verkörperung der Nation sehen oder sogar die Vorstellung hegen, daß der Staat der Nation historisch vorausgegangen sei, eine Vertiefung der politischen Integration ab. Integration im Sinne einer Verlagerung staatlicher Herrschaftskompetenzen auf supranationale Institutionen gilt diesen *staatsnationalen* Kräften als Schwächung der Staatssouveränität und eine Schwächung der Staatssouveränität als Schwächung der Nation. Diese Kräfte betrachten Herrschaft daher nur dann als legitim, wenn sie im Rahmen des Nationalstaats ausgeübt wird. Akteure hingegen, deren Nationsverständnis weniger auf den Staat fokussiert ist, denen der Nationalstaat als ein Mittel zum Wohle der als Kulturnation verstandenen Nation gilt, zeigen sich eher bereit, Entscheidungskompetenzen von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene zu verlagern. Die Integration von Nationalstaaten in einem supranationalen Staatenverbund oder sogar in einem Bundesstaat gilt diesen *nationalförderativen* Kräften als erwünschtes Mittel, um inter-nationale Konflikte zu institutionalisieren, zu einer konstruktiven Konfliktbearbeitung zu gelangen und die kulturellen und sozialökonomischen Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Nation zu erhöhen. Die supranationale Integration gilt ihnen nicht als Ende der nationalen Differenz, sondern als Mittel zur Bewahrung kultureller und administrativer Unterschiede.

Diese zwei grundlegenden europapolitischen Ordnungsvorstellungen sind im tschechischen politischen Spektrum über mehrere Parteien mit je unterschiedlichen nationalpolitischen Traditionen verteilt. Mit der *Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens* (KSČM) und der *Demokratischen Bürgerpartei* (ODS) sind auf dem linken und rechten Flügel des tschechischen

Parteienspektrums je eine starke staatsnationale Kraft präsent, denen nur ein solches Ordnungssystem als rechtens gilt, in dem Volk und Staat eine untrennbare Einheit bilden, Volkssouveränität also in der umfassenden formellen Souveränität der Nationalstaaten zum Ausdruck kommt. Ungeachtet des ähnlichen nationalpolitischen Konzepts unterschieden sich beide Parteien in ihren europapolitischen Ordnungsvorstellungen fundamental. Die „linke“ KSČM hielt auch nach dem Umbruch 1989 und dem Zerfall der Tschechoslowakei 1992 sowohl an der Tschechoslowakei als staatlichem Bezugsrahmen ihres politischen Denkens fest, als auch an der sicherheitspolitischen Orientierung nach Osten (Rußland) als auch an dem sozioökonomischen Modell einer starken interventionistischen Staates. Die „rechte“ ODS hingegen setzte schon bald nach 1989 auf einen tschechischen Nationalstaat mit einem kapitalistischen Wirtschaftsordnung, den sie sicherheitspolitisch im Westen (USA) verankert sehen wollte. Je mehr sich seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die europapolitische Debatte in der Tschechischen Republik von der Frage nach der sicherheitspolitischen Orientierung zu der Frage nach dem Ordnungsmodell für die Europäische Union verschob, desto mehr begannen sich die europapolitischen Positionen der beiden Parteien einander anzunähern. Während die ODS dem EU-Beitritt immer skeptischer gegenüberstand und sich seit dem Beitritt für eine Schwächung supranationaler Elemente in der EU einsetzt, hat die KSČM ihre Fundamentalopposition gegen die EU aufgegeben. Eine bislang minoritäre Strömung spielt sogar mit dem Gedanken, daß eine Stärkung der EU eine Schwächung des Einflusses der USA in Europa bewirken könne. Gleichwohl bleiben sowohl die staatsnationale „Rechte“ als auch die staatsnationale „Linke“ einem Modell souveräner Nationalstaaten in Europa verhaftet und lehnten daher geschlossen den Europäischen Verfassungsvertrag ab.

Ein Nationsverständnis, das kompatibel mit einer europäischen Ordnung ist, in der die Nationalstaaten ihre Kräfte nicht nur ad hoc bündeln oder Souveränität bis auf Widerruf delegieren, sondern supranationale Institutionen eine eigenständige Legitimität gegenüber intergouvernementalen Gremien haben, hegen in der Tschechischen Republik drei parteipolitisch organisierte Kräfte, die gemeinsam in der vergangenen Dekade etwa die Hälfte der Wähler auf sich vereinen konnten. Am stärksten ausgeprägt ist ein solches Denken bei den liberalen und konservativen nationalföderativen Kräften der *Freiheitsunion* und der *Demokratischen Union* (US-DEU), die im tschechischen Präsidenten Václav Havel in den 1990er Jahren ihre Leitfigur hatten. Sehr ähnliche europapolitische Konzepte hegen die tschechischen Christsozialen (KDU-ČSL), deren nationalpolitische Vorstellung auf der Verbindung von tschechischer Nationszugehörigkeit und katholischer Religionszugehörigkeit beruhen. Beide Parteien sind sicherheitspolitisch auf die USA orientiert, von der sie sich jedoch nicht wie die staatsnationale „Rechte“ eine Minderung des Integrationsdrucks in der EU erhoffen. Vielmehr sehen sie in ihnen einen Garanten dafür, daß eine weitere Integration im Rahmen der EU nicht mit einer einseitigen Stärkung der großen europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands einhergeht.

Die gesellschaftliche Basis der liberalen, konservativen und christsozialen nationalföderativen Kräfte ist jedoch schwach. Daher steht und fällt eine mehrheitsbildende Kooperation der nationalföderativen Kräfte der tschechischen Politik mit den Sozialdemokraten (ČSSD), welche die größte soziale Basis unter den nationalföderativen Kräften haben. Allerdings basiert die politische Resonanz, welche die ČSSD findet, auch auf einer starken staatsnationalen Strömung in der Partei. Darüber hinaus laviert die Partei zwischen linken und rechten, nach Osten bzw. nach Westen orientierten Strömungen. Dies mündet zum einen in eine multivektorielle Politik, die zwischen einer einseitigen Anlehnung an die USA und an Rußland zu vermitteln sucht. Zum anderen unterstützte die ČSSD gemeinsam mit den Christsozialen und der US-DEU das Projekt eines Europäischen Verfassungsvertrags, wenngleich sie nicht in dem Maße wie die konservativen, liberalen und christsozialen nationalföderativen Kräfte bereit ist, eine Entwicklung der EU von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat mitzutragen.

5 VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

5.1 PUBLIKATIONEN

Efkan Barın

Barın, Efkan: Islam(ist)ischer Terrorismus als Folgeerscheinung durch die Aufhebung des Kalifats?, erschienen unter dem Titel: Ausweg Kalifat, in: taz-die Tageszeitung, Berlin 19.08.2005, S. 11

Afghanistan auf dem Weg zur Stabilität? Inshallah! Afghanistan hat am Sonntag sein Parlament nach 36 Jahren gewählt, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Almaty 30.09.2005. [im Druck]

Hagen Ettner

Ettner Hagen: Föderalismus: To be or not to be? Das Gebiet Sverdlovsk in Rußlands Föderationsgefüge, in: Osteuropa 55 (02/2005), S. 58-74

Egbert Jahn

(Herausgeber mit Sabine Fischer und Astrid Sahn): Die Zukunft des Friedens, Band 2, Sichtweisen der jüngeren Generationen der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005

Nationale Konflikte, in: Sicherheit + Stabilität (1/2005), S. 49-72

A Comparative Perspective on the Holodomor, in: Sapper, Manfred – Weichsel, Volker (Hg.): Sketches of Europe. Old Lands, New Worlds, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2005, S. 183-221

Krieg und Frieden im Prisma der Generationen, in: Jahn, Egbert – Fischer, Sabine – Sahn, Astrid (Hg.): Die Zukunft des Friedens, Band 2, Sichtweisen der jüngeren Generationen der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 21-47

Astrid Sahn

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs? In: Osteuropa, 55. Jg., 2005, H. 1, S. 71-90

(gemeinsam mit Jahn, Egbert und Fischer, Sabine, Hg.): Die Zukunft des Friedens 2. Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Sicht der jüngeren Generationen, Wiesbaden 2005

(gemeinsam mit Fischer, Sabine): Friedensforschung und Normativität, in: Jahn, Egbert / Fischer, Sabine / Sahn, Astrid (Hg.): Die Zukunft des Friedens 2. Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Sicht der jüngeren Generationen, Wiesbaden 2005, S. 49-72

Susan Stewart

Etnische conflicten en hun invloed op het maatschappelijke middenveld in Georgië en Oekraïne (The Effects of Ethnopolitical Conflict on Civil Society Development in Georgia and Ukraine), *Oost-Europa Tijdingen*, 27/50, March 2005, S. 7-31.

Comments on 'Selfish Determination: The Questionable Ownership of Autonomy Movements' by Walter Kemp, *Ethnopolitics*, 4/1, March 2005, S. 100-102.

5.2 FORSCHUNGSaufenthalte, Vorträge und Konferenzen

Egbert Jahn

- 26.1.2005 „Etnische Differenz als Ursache ethnonationaler Konflikte und als Herausforderung an staatliche und internationale Konfliktbearbeitung“, Vortrag im Rahmen des Seminars „Deutsche, europäische und internationale Stabilitätspolitik: Ausgewählte Beispiele des Krisenmanagements“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin
- 28.-30.04.2005 Teilnahme am 8. Schlangenbader Gespräch „Die deutsch-russischen Beziehungen waren noch nie so gut. Sind sie am Scheideweg?“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Bad Schlangenbad/Taunus
- 05.05.2004 „Felder gemeinsamer europäischer und differenter nationaler Politik in den transatlantischen Beziehungen“, Teilnahme an der Podiumsdiskussion „The Future Transnational Relations – EU vs. USA?“ AIESEC mit Peter W. Bodde, Cem Özdemir, Dieter Bingen, Manfred Perltz in der Universität Mannheim
- 14.-15.07.2005 Teilnahme an der Außenpolitischen Expertentagung „Rußland unter Putin – Konsolidierung oder Krise?“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth
- 25.-30.07.2005 Teilnahme am VII. World Congress of ICEES „Europe – Our Common Home?“ in Berlin
- 23.09.2005 „Rußland und die Europäische Union nach den bisherigen politischen Veränderungen des Jahres 2005“, Vortrag auf der Konferenz „35 Jahre Moskauer Vertrag – Sind wir auf dem Weg zu einem Europa ohne Grenzen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Europa-Instituts der RAN in Moskau
- 15.10.2005 „Nationale Annäherung und regionale Friedensinitiativen“, Vortrag auf der Konferenz „Deutschland und Korea. Demokratie, Vereinigung und Frieden. Erfahrungen und zukünftige Herausforderungen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15. Oktober 2005 in Frankfurt am Main

Astrid Sahm

- 11.-13.02.2005 Moderation des Eröffnungspodiums bei der Partnerschaftstagung des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund „Projekte gemeinsam entwickeln“ in Geseke
- 15.04.2005 Vortrag auf der 11. Sitzung der Kopernikus-Gruppe in Berlin zum Thema „Die Ostpolitik der EU. Deutsche und polnische Beiträge zur Strategie gegenüber der Ukraine und Belarus“
- 8.06.2005 Statement zur innenpolitischen Entwicklung in Belarus im Rahmen des Arbeitskreises Belarus an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin
- 30.09-01.10.2005 Leitung der Eröffnungskonferenz des Förderprogramms Belarus der deutschen Bundesregierung in der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstelle in Minsk
7. 11.2005 „Auswirkungen von Tschernobyl auf Belarus“. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „20 Jahre Tschernobyl“ an der Freien Universität Berlin
- 24.-27.11.2005 Mitwirkung am Podiumsgespräch „Chancen sozialer Partnerschaft von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren“ im Rahmen des VIII. Minsk-Forums der deutsch-belarussischen Gesellschaft

Susan Stewart

- 18.-20.2.2005 Organisation und Leitung des CONNEX RG 4 Planning Meeting, "The EU as an External Democracy Promoter" in Mannheim
- 1.-5.3.2005 Teilnahme an der Tagung der International Studies Association (ISA) Vortrag: "Civil Society and Ethnopolitical Conflict in the Post-Soviet Space" in Honolulu, Hawaii, USA
- 20.-22.5.2005 Teilnahme am CONNEX RG 5 Workshop, "From National toward International Linkages? Civil Society and Multi-level Governance" Vortrag: "EU Support for Civil Society and Social Capital in the Baltic States" in Bled, Slowenien
- 27.6.-1.7.2005 Teilnahme als "resource person" an der Sommerschule "Evaluating International Democracy Promotion: Qualitative Research Methods for Policy Impact in the Southern Balkans" in Ohrid, Mazedonien
- 25.-30.7.2005 Tagung der VII World Congress of the International Council for Central and East European Studies (ICCEES) Vortrag: "The Impact of External Actors on Democratization Processes in the NGO Sector: A Comparison of the Baltics and the Western CIS Countries" in Berlin
- 8.-10.9.2005 Tagung des European Consortium for Political Research (ECPR)

Vortrag: "EU Democracy Promotion in the Civil Society Realm: Examples from Central and Eastern Europe" in Budapest, Ungarn

- 6.-8.10.2005 Teilnahme am CONNEX RG 5 Workshop (Teil II), "From National toward International Linkages? Civil Society and Multi-level Governance" in Mannheim
- 16.-18.10.2005 Teilnahme am CONNEX RG 4 PhD Workshop, "Civil Society Involvement in European Governance" in Mannheim
- 19.-22.-10.2005 Teilnahme am "2nd International Scientific Conference of Junior Researchers: The EU and its New Neighborhood: Different Countries, Common Interests" in Vilnius, Litauen
- 18.-19.11.2005 Teilnahme an der Tagung "The EU as an External Democracy Promoter"
Vortrag: "EU Democracy Promotion in the Civil Society Realm: The Baltics and the Western Balkans Compared" in Darmstadt

6 LEHRVERANSTALTUNGEN

Egbert Jahn

Sommersemester 2005:

- Vorlesung: „Konflikt- und Kooperationsstrukturen unseres Zeitalters“
„Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive“
- Hauptseminar: „Die Regulierung von Nationalitätenkonflikten“
- Übung für Fortgeschrittene: „Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung“
- Seminar für Examenskandidaten: „Ausgewählte Probleme der Politikwissenschaft“

Astrid Sahn

Sommersemester 2005:

- Übung für Fortgeschrittene: „Regionale Kooperation in Europa“
- Proseminar: „Demokratisierung und externe Akteure“

Susan Stewart

Wintersemester 2005/2005

Übung für Fortgeschrittene: „Humanitäre Interventionen“

Proseminar: „Zivilgesellschaft in Osteuropa“

7 BIBLIOTHEK

Die von dem Forschungsschwerpunkt beschafften umfangreichen Bibliotheksbestände umfassen westsprachige (vor allem deutsch- und englischsprachige) sowie ostsprachige (vor allem russische, ukrainische, weißrussische, tschechische, slowakische und auch einige litauische) Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Statistiken, Dokumente und graue Literatur. Seit Dezember 1996 befinden sie sich in zwei benachbarten Bibliotheken: in der Europabibliothek des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (EB), L7, 1 und in der Bibliothek der Fakultät für Sozialwissenschaften, Seminargebäude A5. In letzterer sind die westsprachige Osteuropaliteratur und der russischsprachige Buchbestand konzentriert, in der EB vor allem der Bestand an ostsprachigen Periodika (Zeitschriften und Zeitungen).

Insgesamt enthalten die Bibliotheken rund 3000 ostsprachige Bände und ca. 200 Zeitschriften und Zeitungen aus Ostmittel- und Osteuropa. Inhaltlich erstreckt sich der Literaturbestand auf die Forschungsgebiete Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, Nationalismus und Nationalitätenpolitik, Politische Ökologie, Militärwesen, Regionen und Föderalismus, Geschichte, Soziologie und Verfassungspolitik.

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), Lit Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-8947-3831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Lit Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-X
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, Lit Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Lit Verlag, Münster 1997/Progress Verlag, Moskau 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-X
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, Lit Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Lit Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Lit Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7
- Band 10 Bernd Rosenbusch, Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten, Lit Verlag, Münster 2003, 296 S., ISBN 3-8258-6583-5
- Band 11 Andrijana Preuss, Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar, Lit Verlag, Münster 2004, 144 S., ISBN 3-8258-8087-7
- Band 12 Susan Stewart, Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine, Lit Verlag, Münster 2005, 264 S., ISBN 3-8258-8331-0
- Band 13 Polens Westintegration und Ostpolitik. Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich, Lit Verlag, Münster 2005, 300 S.
- Band 14 Hagen Ettner, Das Gebiet Sverdlovsk im föderativen System Rußlands. Ein Beitrag zum Stand des rußländischen Föderalismus, Lit Verlag, Münster 2005, 136 S.
- Band 15 Rolf Peter, Russlands Außenpolitik im neuen Europa 1992-2004. Nationale Identität, politische Transformation und regionale Integration innerhalb und außerhalb des Kontextes europäischer Einigung, Lit Verlag, Münster 2005, 274 S. (im Druck)

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Band 13, Nomos, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine
- 27/2002 Margarita M. Balmaceda, EU Energy Policy and Future European Energy Markets: Consequences for the Central and East European States
- 28/2002 Tadeusz Olszański, Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration?
- 29/2002 Patrizia Hey, Die Gewerkschaftsregionen als Überlebensgarant der polnischen Solidarność-Bewegung. Struktur und Arbeitsformen in Niederschlesien
- 30/2004 Margarita M. Balmaceda, Explaining the Management of Energy Dependency in Ukraine. Possibilities and Limits of a Domestic-Centered Perspective